



Initiative **GRÜNE & Gewerkschaften**

Die Initiative **Grüne & Gewerkschaften** stellt ihre Positionen zum ÖGB zur Diskussion  
Dienstag, 10. Oktober 1995  
19.00 Uhr  
Grünes Haus, großer Saal  
Lindengasse 40, 1070 Wien



**Franz Floss**  
MITGLIED DES BUNDESVORSTANDES  
DER GRÜNEN, BETRIEBSRAT

**Schani Margulies**  
GEMEINDERAT, EHEM. MITGLIED DES  
BUNDESVORSTANDES DES ÖGB

**Karl Öllinger**  
ABGEORDNETER ZUM NATIONALRAT,  
EHEM. ARBEITERKAMMERRAT



**DIE GRÜNEN**  
DIE GRÜNE ALTERNATIVE

IMPRESSUM: GRÜN-ALTERNATIV PRESS NR. 19/95.  
ERSCHEINUNGSRAT WIEN, VERLAGSPOSTAMT 1070. P. B. B.  
MHV: DIE GRÜNEN / DIE GRÜNE ALTERNATIVE, LINDENGASSE 40, 1070 WIEN, DVR-NR. 0527491

- Ich möchte das Positionspapier der Initiative **Grüne & Gewerkschaften** zugeschickt bekommen.
- Ich möchte regelmäßig über Veranstaltungen der Initiative **Grüne & Gewerkschaften** informiert werden.
- Ich möchte in der Initiative **Grüne & Gewerkschaften** mitarbeiten.

POSTGEBÜHR  
ZAHLT  
EMPFÄNGER

NAME \_\_\_\_\_

STRASSE, ORT \_\_\_\_\_

UNTERSCHRIFT \_\_\_\_\_

An  
Die Grünen / Die Grüne Alternative  
Initiative **Grüne & Gewerkschaften**  
Lindengasse 40  
1070 Wien

# KANN DER ÖGB ERGRÜNEN?

**Die Grünen stellen sich der gewerkschaftlichen Herausforderung**

**D**er kommende ÖGB-Kongress ist nur ein Anlaß. Im Betrieb oder in der Sozialpolitik: Die Gewerkschaften sind ein wesentlicher Faktor der österreichischen Politik: Ob starker Widerstand gegen das „Soziallabbaupaket II“, ob ökologische Anliegen durchgesetzt werden können, hängt nicht zuletzt vom Verhalten des ÖGB ab.

Die Grünen wollen sich einmischen. Hunderte GrünaktivistInnen und WählerInnen sind Gewerkschaftsmitglieder, Dutzende von ihnen BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen. Sie engagieren sich als GewerkschafterInnen innerhalb der „GE – alternativen GewerkschafterInnen

nen“, im Öffentlichen Dienst bei den Unabhängigen GewerkschafterInnen, im Gemeindebereich in der „Konsequenzen Interessensvertretung KIV“ oder kandidieren auf unabhängigen Namenslisten. Und: Erstmals kandidieren bei den kommenden Personalvertretungswahlen auch deklarierete Grüne Listen.

**E**s ist hoch an der Zeit, daß die Grünen ihre Haltung zu den Gewerkschaften und zum ÖGB ausführlich diskutieren und festlegen. Die Vorstellung eines ersten Positionspapiers zum Verhältnis Grüne und Gewerkschaften soll diesen Prozeß in Gang setzen.

## [AUS DEM POSITIONSPAPIER DER „INITIATIVE GRÜNE & GEWERKSCHAFTEN“]

**A**m Beginn standen erbitterte Auseinandersetzungen: Um Zwentendorf, um Hainburg, um Wirtschaftswachstum und um Arbeitsplatzsicherung durch Umweltschutz. Lange Zeit machte sich die Gewerkschaftsführung zur Speerspitze eines uneingeschränkten quantitativen Wachstums und agierte als „Betonierer“, die sich hinter jedes Großprojekt stellten, ökologische Forderungen wurden als Arbeitsplatzvernichtung diffamiert – die Feindbilder waren beiderseitig klar definiert.

**D**och bereits damals gab es andere Kräfte: Die „Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke versuchten ökologische und gewerkschaftliche Standpunkte zu verbinden. Sie leisteten im ÖGB aktive Aufklärungsarbeit über die Gefahren der Atomenergie. In ihrem Einsatz für die Ökologie zeigten sie auf, daß ökologische Reperaturmaßnahmen und erst recht der ökologische Umbau der Wirtschaft vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen würden. Als einzige im ÖGB anerkannte

Gruppierung stand die „GE – alternative GewerkschafterInnen“ auch in Hainburg auf der Seite der Umweltbewegung.

**L**angsam entwickelte sich die Konfrontation zur Duldung und schließlich zu einem – meist kontroversiellen – Gesprächsklima. Innerhalb der Gewerkschaften zerbrach die monolithische Ablehnung der Umweltbewegung. Tschernobyl beendete die Atomeuphorie des ÖGB; das ökologische Bewußtsein ging vor allem im Bereich der Angestellten, LeherInnen oder Sozialberufe nicht spurlos an den Gewerkschaften vorüber.

**I**nnhalb der Grünen wuchs die Bedeutung sozialer und wirtschaftlicher Forderungen neben dem Primat der Ökologie. Als politische Partei verstehen sich die Grünen als grundsätzliches Reformprojekt, in dem die Beschäftigung mit der gesellschaftlichen Rolle der Gewerkschaften und ihren Positionen notwendig ist.